

Gratisauskunft

EDA steht am Telefon Rede und Antwort zum Brexit

BERN Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat eine Helpline eingerichtet, die bei Fragen zu den Auswirkungen des Brexit-Entscheids auf betroffene Schweizer zur Verfügung steht. Auskünfte zu Fragen aus der Schweiz werden rund um die Uhr und selbst am Wochenende unter der Nummer 0800 24 73 65 gratis erteilt, wie das EDA gestern mitteilte. Anrufe aus dem Ausland seien kostenpflichtig.

28 Anfragen zu Brexit

«Bis gestern um 15 Uhr gingen 28 Anfragen zu Brexit ein», sagt ein Mediensprecher des EDA auf Anfrage der SN. Das seien nicht signifikant mehr Anfragen als üblich. Am häufigsten gestellt würden Fragen betreffend Einreisebestimmungen, Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen. «Die Schweizer Staatsangehörigen in Grossbritannien wollen wissen, ob es neue Regeln für den Aufenthalt geben wird. Und die Touristen, die vorhaben, nach Grossbritannien zu reisen, wollen etwa wissen, ob ein Visum nötig wird», sagt der Sprecher. Die derzeit geltenden Regeln für die Schweizer Bürger sowie Unternehmen würden trotz des Beschlusses für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU vorerst ihre Gültigkeit behalten. Die Helpline ist laut dem Sprecher nicht neu eingerichtet worden, sondern wird durch acht freiwillige Mitarbeitende des EDA verstärkt. (sda/aka)

Kantone wollen keine Schutzklausel

BERN Die Kantone sind gegen eine einseitige Schutzklausel zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative. Ihrer Meinung nach muss die Zuwanderung direkt in den Regionen und Branchen gesteuert werden. Offenbar würde sich das sogar mit der Personenfreizügigkeit vertragen. «Der Bottom-up-Ansatz ist kompatibel mit dem Freizügigkeitsabkommen», sagte Jean-Michel Cina, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), nach der KdK-Plenarversammlung gestern. Es handelt sich um ein Modell zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative, das der ehemalige Staatssekretär Michael Ambühl entwickelt hat. (sda)

«Der Brexit ist ein Schuss vor den Bug»

Komplett getrennte Wege

würden die Briten und die EU nach dem Brexit nicht gehen, glaubt Europarechtsprofessor Stephan Breitenmoser.

VON ALEXA SCHERRER

Herr Breitenmoser, die Briten verlassen die EU. Zerfällt jetzt die Union?

Stephan Breitenmoser: Nein, meiner Ansicht nach sind weder die EU noch Europa in Gefahr. Natürlich ist der Brexit ein Einschnitt mit gravierenden wirtschaftlichen und politischen Folgen. Aber jetzt muss man erst mal warten, bis sich der Rauch verzogen hat. Dann muss man hinter die Bücher und gemeinsam verhandeln.

Worüber verhandeln? EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker meinte: «Out is out.»

Breitenmoser: Das ist eine kurzsichtige Überreaktion. Es ist im Interesse der EU, den Briten entgegenzukommen. Dass man zum Beispiel wieder Zölle einführen muss – das kann keiner ernsthaft wollen. Und auch die Engländer wollen nicht riskieren, dass sich die Schotten – die für den Verbleib in der EU stimmten – von ihnen abspalten.

Was wollen die Briten denn?

Breitenmoser: Natürlich ist jetzt alles offen und alles möglich. Ich könnte mir aber vorstellen, dass der Brexit nach den Verhandlungen eher ein «Austritt light» wird.

Wie meinen Sie das?

Breitenmoser: Die Briten könnten merken, dass sie – wenn ihnen die EU gewisse Zugeständnisse macht – ja eigentlich gar nicht austreten wollen. Rechtlich könnten sie als Drittstaat einen ähnlichen Status wie die Schweiz erhalten. Die Briten müssten erneut darüber abstimmen und könnten vielleicht in einer reduzierten Form der EU wieder beitreten.

Das tönt irrsinnig: austreten, um wieder beizutreten?

Breitenmoser: Der Brexit ist sicher ein Schuss vor den Bug. Die Briten wollen mehr Souveränität, sie wollen neu definieren, in welchen Bereichen sie welche Kompetenzen brauchen. Aber auch



Bye-bye: Die Mehrheit der britischen Bevölkerung will nicht mehr Teil der EU sein und hat für den Brexit gestimmt. Für Europarechtsprofessor Stephan Breitenmoser ist das kein Grund, sich um die Union zu sorgen.

Bild Key

sie können nicht alles im Alleingang regeln. Denken Sie zum Beispiel an die Klimapolitik.

Dann läuft es auf ein Wunschkonzert heraus? Jeder darf ein bisschen EU-Mitglied sein – und trotzdem eigenständig bleiben?

Breitenmoser: Es bestehen ja schon jetzt verschiedene Möglichkeiten – ich spreche da von der Schweiz, von Norwegen oder vom neuen Wirtschafts- und Handelsabkommen der EU mit Kanada. Die EU ist kein Staat. Zentral ist die Frage der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen ihr und den Mitgliedstaaten. Diese soll offen diskutiert werden. So ist auch eine Rückübertragung einzelner EU-Zuständigkeiten auf die Mitgliedstaaten denkbar.

Glauben Sie noch an die EU?

Breitenmoser: Sie war und ist ein gutes Projekt und Europa hat vieles erreicht, was ohne EU nicht möglich gewesen wäre – gerade im Bereich der Forschung. Im Computerbereich etwa würden wir uns ohne EU noch immer auf dem Niveau eines Schwellenlandes befinden. Aber es gibt auch Bereiche, in denen sie Defizite hat. Jetzt hat sie

nebst einer Flüchtlings- und einer Eurokrise auch noch mit einer EU-Krise zu kämpfen.

Hatten die Briten also guten Grund, auszutreten?

Breitenmoser: Es ist ein zu komplexes Thema, um hier den Schwarzen Peter der einen oder der anderen Partei zuzuschreiben, sie tun jetzt aber so, als ob an allem die EU schuld sei. Dass sie bei der Einführung der Personenfreizügigkeit für Bürger aus den neuen EU-Mitgliedstaaten nicht auf längeren Übergangsfristen beharrt haben und sich mit der Migration aus Osteuropa in der Folge überfordert sahen, kann man der EU zum Beispiel nicht zum Vorwurf machen.

Wird sich die EU jetzt reformieren?

Breitenmoser: Sie muss. Die Europäische Union wurde jetzt in eine Reflexionsphase katapultiert – das kann eine Chance sein. Eine Chance dafür, das Tempo zu drosseln und die Distanz zwischen den Bürgern und den EU-Organen zu verkleinern. Das würde schliesslich zu einer breiteren Akzeptanz führen.

Wie geht es nach dem Brexit für die Schweiz weiter?

Breitenmoser: Jetzt werden erst mal der Franken und das Gold teurer. Zudem müssen wir jetzt möglicherweise im Vorzimmer warten, bis die Briten mit ihren Verhandlungen durch sind.



Zur Person Stephan Breitenmoser

Er ist Professor für Europa- und Völkerrecht an der Uni Basel. Breitenmoser ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Österreichischen Instituts für Menschenrechte und Richter am Bundesverwaltungsgericht St. Gallen.

Enttäuschung bis Euphorie nach dem Brexit

Am Tag 1 nach dem Brexit reicht die Bandbreite der Reaktionen in der Schweizer Politik von einem «schlechten Tag für EU und Schweiz» bis zu einer «Chance für EU und Schweiz».

VON ANNA KAPPELER

SCHAFFHAUSEN Während die einen bestürzt sind über den EU-Austritt der Briten, betonen die anderen die sich dadurch eröffnende Chance. «Ich habe Respekt vor der englischen Bevölkerung. Sie wusste, dass ein Austritt zu Verunsicherung führen würde, und hat sich gleichwohl dafür entschieden», sagt SVP-Präsident **Albert Rösti**. «Unabhängigkeit führt langfristig zu Reichtum.» Als Schweizer aber könne man sich dennoch nicht wirklich über den Brexit freuen, da dieser auch um als direkten Handelspartner betreffe. Enttäuscht über das Resultat ist Nationalratspräsidentin **Christa Mark-**

walder (FDP/BE). «Ich hatte gehofft, dass sich eine Mehrheit der Briten von der Vernunft leiten lässt. Und zugunsten von Stabilität und Rechtssicherheit für den Verbleib in der EU votiert», sagt Markwalder. Doch eine Mehrheit habe den Weg gewählt, der zu grosser Verunsicherung führe. Sie sei nicht optimistisch, dass dies gut komme für die Briten. «Die EU wird – um die Austrittslust anderer Länder zu zügeln – den Briten höchstens dort entgegenkommen, wo es ihren eigenen Interessen entspricht.» Das sei nicht das Ende der EU, sagt Markwalder, die sich nach wie vor für einen EU-Beitritt ausspricht. «Aber der Brexit zeigt, dass wer mit dem Feuer spielt, sich tüchtig verbrennen kann.» Auch auf die Schweiz hat dieser Entscheid laut Markwalder negative Auswirkungen, denn eine pragmatische Lösung mit der EU zur Masseneinwanderungs-Initiative zu finden, habe sich durch den Brexit drastisch erschwert.

Bewusst gibt sich CVP-Präsident Gerhard Pfister. Es gebe keinen Grund, sich als Schweizer zu ärgern oder zu freuen, sagt er dem

«Tages-Anzeiger». Das sei ein Volksentscheid, den es zu akzeptieren und umzusetzen gelte.

«Ohrfeige für EU – das ist richtig»

Deutliche Worte zum Brexit findet hingegen der Schaffhauser Nationalrat **Thomas Hurter** (SVP): «Die EU hat keine Bereitschaft gezeigt, den Briten entgegenzukommen, sie hat diese Abstimmung nicht ernst genommen. Nun hat sie eine Ohrfeige kassiert. Das ist richtig», sagt Hurter. Wenn die EU weiterbestehen wolle, müsse sie nun ihren Mitgliedsländern entgegenkommen. Sie könne nicht so zentralistisch weitermachen wie bis anhin. Über die weiteren Folgen könne zum jetzigen Zeitpunkt nur spekuliert werden, zu viele Variablen seien noch unklar. Dennoch sagt Hurter: «Ich gehe davon aus, dass der Brexit sich auf die Schweiz nicht negativ auswirken wird.»

«Chancen für alle Seiten»

Ähnlich sieht das sein Schaffhauser Parteikollege, Ständerat **Hannes Germann**. «Die Schweiz kann jetzt die Achse über die Efta stärken, vielleicht handelt Grossbritannien ja jetzt auch

bilaterale Verträge aus, so wie die Schweiz. Ich sehe mit dem Entscheid Chancen für alle Seiten, für die EU, für Grossbritannien und für die Schweiz», sagt Germann.

Natürlich komme es zu einer Verunsicherung in der Verhandlungsphase, insbesondere für die Finanzmärkte, und für Unternehmen dürfte es laut Germann schwierig werden. «Kurze Ausschläge aber gehören bei den Börsen dazu, das wird sich wieder normalisieren», sagt er. Germann glaubt nicht, dass der Brexit einen Einfluss auf die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative haben wird. «Die EU wird jetzt gegenüber der Schweiz nicht härter verhandeln. Das wäre kontraproduktiv für die Union, weil sie damit nur die Gefahr anderer Länderaustritte vergrössert.»

«Das wird Probleme geben»

Anders sieht das die Linke. Für die Grünen stehen nach dem Brexit «die Chancen der Schweiz für Sonderregelungen mit der EU bei unter null», wie sie in einer Pressemitteilung schreiben. Und SP-Präsident **Christian Levrat** sagt dem «Tages-Anzeiger»: «Der Ent-

scheid ist ein Schock für all jene Menschen, die an die EU als ein Friedensprojekt glauben.» Die Schaffhauser SP-Nationalrätin **Martina Munz** doppelt nach: «Es ist ein schlechter Tag für Europa und für die Schweiz.

Auf die Schweiz werden Probleme zukommen.» Solange die EU die Verhandlungen mit Grossbritannien nicht abgeschlossen habe, sagt Munz, werde sie der Schweiz keine Zugeständnisse machen. «Bis im kommenden Februar aber müssen wir die Masseneinwanderungs-Initiative umgesetzt haben – dem Bundesrat wird also kaum etwas anderes übrig bleiben, als auf eine einseitige Schutzklausel zu setzen.» Dies aber kollidiere mit der Personenfreizügigkeit. «Die Schweiz wird also wohl schon sehr bald erneut über die Frage «Bilaterale oder buchstabengetreue Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative» abstimmen», sagt Munz.

Nicht erreicht werden konnte gestern der vierte Schaffhauser Bundesparlamentarier, Thomas Minder (SH/ parteilos).

